

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat
info@offene-linke-ansbach.de

www.offene-linke-ansbach.de

Ansbach, 06.11.2009

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Ansbach
Frau Carda Seidel
Joh.-Seb.-Bach-Platz 1
91522 Ansbach

Änderungsantrag zur Sitzung des Bauausschusses am 09.11.2009, TOP 14

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

es wird beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung hinsichtlich des Zustimmungsantrags zu einem US-Großeinkaufszentrum am Urtas wie folgt abzuändern:

„Mit dem Vorhaben Neubau Commissary besteht seitens der Stadt Ansbach aufgrund des Entgegenstehens öffentlicher Belange und dem Fehlen einer gesicherten Erschließung kein Einverständnis.“

Begründung:

1. Für eine ausreichende Verkehrserschließung unter Berücksichtigung der Belange von Anliegern, Steuerzahlern, Lärm- und Umweltschutz ist vom Staatl. Bauamt auch drei Jahre nach der Besiedlungsplanerstellung des Urtas´ durch die US-Armee keine tragfähige Lösung erarbeitet worden. Die vom Staatl. Bauamt vorgelegte Verkehrsprognose muss in Zweifel gezogen werden, insbesondere auch deshalb, weil das geplante Großeinkaufszentrum am Urtas zusätzlich durch die Garnison Illesheim genutzt werden wird.
2. Die Stadt Ansbach wehrt sich zurecht gegen neue Einkaufszentren auf der Grünen Wiese, die Verkehrsprobleme, Flächenversiegelung und Kaufkraftabfluss mit sich ziehen. Sie hat nun die Möglichkeit, diese Position durch einen entsprechenden Beschluss im o.g. Kenntnisgabeverfahren zu untermauern. Im Falle des geplanten FOC in Herrieden bestünde eine solche Einflussmöglichkeit nicht.
3. Die Endausbaustufe der ghettoartigen Militärsiedlung am Urtas steht in den Sternen. Im 1. BA musste die Zahl der Häuser aus Kostengründen bereits um 30% reduziert werde. Ob 100 oder 400 Häuser gebaut werden – für ein Einkaufszentrum mit 13.500 qm besteht in keinem Fall Notwendigkeit und obj. Anspruchsrecht.
4. Ausgleichsflächen im Nahbereich von Ansbach können offensichtlich für das US-Projekt nicht mehr gefunden werden. Ein 40 oder 50 km entfernter „Ausgleich“ für einen weiteren massiven Eingriff in das Ökosystem Urtas ist nicht hinnehmbar.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat